

Einwohnerfragestunde im Kreistag Borken am 09.12.2010

Einwohnerfrage 1: Jürgen Kruse, Borken-Borkenwirth

Thema Gasbohrung in Borkenwirth: Ist der Kreis Borken personell und fachlich in der Lage die Arbeiten der Firma Exxon zu kontrollieren und Gewässerproben zu untersuchen nach Stoffen die von der Firma Exxon evtl. eingesetzt werden? Auch natürliches radioaktives Radon (Ra226) kann freigesetzt werden beim Bohren. Wer kontrolliert das ?

Das Vorhaben der Firma Exxon Mobil fällt als bergrechtliches Verfahren in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg. Der Kreis Borken wird im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingebunden sein. Derzeit liegt dem Kreis Borken noch kein Antrag zur Stellungnahme vor. Im Rahmen von Genehmigungsverfahren ist grundsätzlich die Genehmigungsbehörde für die Einhaltung aller rechtlichen Belange zuständig. Dies wird für die Gasbohrung die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde sein.

Wird sich der Kreis auch noch andere Informationen beschaffen außer durch die Bezirksregierung Arnsberg , Abteilung Bergbau?

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist der Kreis Borken verpflichtet, alle zur Abgabe einer Stellungnahme erforderlichen Fachinformationen einzubeziehen. Bergbaurechtliche Antragsunterlagen umfassen regelmäßig verschiedenartige gutachterliche Ausarbeitungen zu den jeweils relevanten Themenbereichen. Diese werden gemeinsam z. B. mit der Höheren Landschaftsbehörde der Bezirksregierung Münster und dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) eingehend geprüft.

Welche Auswirkungen hätte eine evtl. Grundwasserabsenkung auf die angrenzenden Gewässer, welche von vielen Wasservögeln als Rückzugsgebiet genutzt werden, und vor allem auf das mit großem Aufwand wieder renaturierte Naturschutzgebiet Burloer Venn?

Konkrete Informationen zu dem Vorhaben liegen hier bislang noch nicht vor. So können z.B. zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben zu möglichen Auswirkungen getroffen werden.

Einwohnerfrage 2: Markus Steverding, Borken

Thema Gasbohrung in Borkenwirth Wie wird sich der Kreis Borken für die Landwirte und Anwohner mit teilweise sehr hohem Wasserbedarf (alle Eigenwasserversorger) einsetzen, damit es nicht zu Grundwasserabsenkungen oder sogar Verschmutzungen durch z.B. Vermischungen aus tieferen Bodenschichten, sowie eingesetzte Chemikalien bei eventuellen Frackingmaßnahmen kommt?

Das Vorhaben der Firma Exxon Mobil fällt als bergrechtliches Verfahren in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg. Der Kreis Borken wird im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingebunden sein. Derzeit ist noch kein Antragsverfahren

eingeleitet, vom Kreis Borken ist noch keine Stellungnahme angefordert worden. Konkrete Informationen zu dem Vorhaben liegen hier also bislang noch nicht vor. So können z.B. zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben zum Einsatz von Chemikalien oder zu möglichen Grundwassergefährdungen getroffen werden. Der Kreis Borken wird das Verfahren aufmerksam verfolgen und sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten einbringen. Im Rahmen von Genehmigungsverfahren ist jedoch grundsätzlich die Genehmigungsbehörde für die Einhaltung aller rechtlichen Belange zuständig. Dies wird für die Gasbohrung die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde sein.

Sollte es zu Grundwasserbeeinträchtigung kommen, wie wird der Kreis Borken uns unterstützen, die erhöhten Kosten für Stadtwasser einzufordern?

Im Rahmen von Genehmigungsverfahren ist grundsätzlich die Genehmigungsbehörde für die Einhaltung aller rechtlichen Belange zuständig. Dies wird für die Gasbohrung die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde sein.

Die Einflussmöglichkeit des Kreises Borken im Rahmen seiner Beteiligung als Träger öffentlicher Belange im Verfahren betrifft ausschließlich öffentliche Rechtsbereiche.

Einwohnerfrage 3: Christoph Rottstegge, Borken

Thema Gasbohrung in Borkenwirth:

Auch in dem Bereich des Bohrfeldes nisten u. a. viele Kiebitze. Auch weitere Tierarten wie Grünspecht, Fledermäuse, Steinkauze etc. bewohnen das Areal. Welche Auswirkungen kann ein 24-stündiger Dauerbetrieb einer Industrieanlage z. B. auch während der Brutzeit auf die Fauna dieses und angrenzender Gebiete haben? Welche Vorschriften zum Schutz der Flora und Fauna gibt es und wer kontrolliert dies?

Das Vorhaben der Firma Exxon Mobil fällt als bergrechtliches Verfahren in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg. Der Kreis Borken wird im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingebunden sein. Derzeit liegt dem Kreis Borken noch kein Antrag zur Stellungnahme vor.

Auf europäischer Ebene gibt es mehrere Schutzvorschriften. Im Wesentlichen sind dies die Richtlinie 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie) und die Richtlinie 92/43/EWG (Flora/Fauna/Habitat-Richtlinie), die inzwischen in das Bundesnaturschutzgesetz eingeflossen sind. Hier sind die §§ 39, 44 und 45 maßgeblich. Die artenschutzrechtlichen Regelungen sind direkt geltendes Recht und gelten gegenüber jedermann. Im Rahmen von Genehmigungsverfahren ist grundsätzlich die Genehmigungsbehörde für die Einhaltung aller rechtlichen Belange zuständig. Dies wird für die Gasbohrung die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde sein.

Nach Vorliegen eines konkreten Antrages müssen von dort alle artenschutzrechtlichen Belange, die durch die Probebohrung berührt sein könnten, betrachtet werden, auch die von Ihnen erwähnten Auswirkungen auf Kiebitze, Grünspecht, Steinkauz und Fledermäuse. Die zuständige Landschaftsbehörde wird in diesem Genehmigungsverfahren zur Stellungnahme aufgefordert. Da es sich um ein Verfahren handelt, das von einer Bezirksregierung genehmigt wird, ist das in diesem Fall die höhere Landschaftsbehörde bei der Bezirksregierung Münster. Meist wird die Untere Landschaftsbehörde auf Kreisebene dennoch beteiligt.

Thema Gasbohrung in Borkenwirth:

Welcher Gefahrenabwehrplan wird erstellt um bei Unfällen angemessen zu reagieren?

Entsprechend den Regelungen im Feuerschutzhilfleistungsgesetz (FSHG) sind zunächst die örtlichen Kommunen in der Verpflichtung, leistungsfähige Feuerwehren zu unterhalten, um

- Schadensfeuer zu bekämpfen
- bei Unglücksfällen Hilfe zu leisten
- bei öffentlichen Notständen durch Naturereignisse, Explosionen o.ä. Hilfe zu leisten

Einzelheiten werden im Brandschutzbedarfsplan der jeweiligen Kommune geregelt.

Der Kreis Borken erhält in o.a. Schadensszenarien erst dann eine Zuständigkeit, wenn das Ereignis die Dimension einer Großschadenslage annimmt.

Zur Vorbereitung auf evtl. Szenarien hat der Kreis Borken einen allgemeinen Gefahrenabwehrplan und zusätzliche Sonderschutzpläne erarbeitet. Die Verpflichtung zur Erstellung von Sonderschutzplänen ergibt sich für bestimmte gefährliche Objekte (§ 22 FSHG i.V.m. § 24 a I FSHG). Dies sind Betriebe, die gem. Seveso-Richtlinie einen Sicherheitsbericht zu erstellen haben, weil dort

- bestimmte (genau definierte) Stoffe in
- bestimmten (genau festgelegten) Mengen vorhanden sind.

Für die Gasbohrungen in Borkenwirth ist die Verpflichtung zur Erstellung eines Sonderschutzplanes nicht erkennbar.

Die Hilfeleistung bei einem Unfall würde originär von der Feuerwehr der Stadt Borken erfolgen. Erst bei der Dimension einer Großschadenslage kommen entsprechende Regelungen des Kreises zum Tragen. Ein Sonderschutzplan für Gasbohrungen in Borkenwirth existiert nicht, so dass eine evtl. Lage nach den Bestimmungen des allgemeinen Gefahrenabwehrplanes des Kreises Borken abgearbeitet werden würde.

Für die geplante „Erkundungsbohrung auf Förderwürdigkeit“ hat der Unternehmer lt. Auskunft der zuständigen Bergbehörde (RP Arnsberg)

- einen Aufstellplan (der Bohranlagen)
- einen (internen) Fluchtwegeplan und
- einen (internen) Alarmplan

aufzustellen und diesen mit der örtlich zuständigen Feuerwehr abzustimmen. Weitergehende externe Notfallplanungen (Sonderschutzplan) sind in der Phase der Erkundungsbohrung nicht vorgesehen.

Einwohnerfrage 4: Reinhold Brune, Südlohn

Wie haben sich in den letzten 5 Jahren die Tierbestände, insbesondere die Bestände der Schweine, Rinder, Kälber und Geflügel im Kreis Borken verändert und welche Erweiterungs- bzw. Neubaupläne von Mastanlagen sind der Kreisverwaltung bekannt?

Nach den Bestandsdaten, die dem Fachbereich 39 – Tiere und Lebensmittel vorliegen, haben sich die Bestände der genannten Tierarten zwischen 2005 und 2010 wie folgt entwickelt:

	2005	2010
Rinder insgesamt	229.828	245.060
- davon in Zuchtbetrieben (incl. Milchvieh)	134.602	134.578
- davon in Mastbetrieben (incl. Kälbermast)	95.226	110.108
Schweine insgesamt	899.190	1.246.079
- davon in Zuchtbetrieben	210.926	334.930
- davon in Mastbetrieben	469.237	812.059
- davon in Kombibetrieben	219.027	99.090
Geflügel		
- Legehennen	670.422	1.415.708
- Masthähnchen	1.153.573	1.916.793
- Puten	241.739	197.463

Derzeit liegen der Kreisverwaltung Genehmigungsanträge nach Immissionsschutzrecht oder Baurecht für folgende Tierplatzzahlen (gerundete Werte) vor:

Bullenmast	800
Kälbermast	850
Schweinemast	33.000
Hähnchenmast	392.000

Wie hat sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Mastbetriebe und deren durchschnittliche Größe (Anzahl der Mastplätze) entwickelt?

Nach den Bestandsdaten des Fachbereichs 39 – Tiere und Lebensmittel – hat sich die Zahl der Mastbetriebe und deren durchschnittliche Größe wie folgt entwickelt:

	2005	2010
Rindermast		
- Zahl der Betriebe	827	817
- Durchschnittliche Betriebsgröße	115	135
Schweinemast		
- Zahl der Betriebe (ohne Kombibetriebe)	1.335	1.338
- Durchschnittliche Betriebsgröße (ohne Kombibetriebe)	351	607
Hähnchenmast		
- Zahl der Betriebe	41	63
- Durchschnittliche Betriebsgröße	28.136	30.425

Zunehmend werden landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von "Energiepflanzen" genutzt. Hier entsteht eine Flächenkonkurrenz zwischen Futter- und Energiepflanzen mit der Folge von steigenden Pachtpreisen und Verarmung unserer Landschaft durch Monokulturen.

Wie groß ist der Anteil für den Anbau von Energiepflanzen, insbesondere der Maisanbau, an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Kreis Borken?

Daten über die Flächeninanspruchnahme für den Anbau von „Energiepflanzen“ liegen nicht vor. So gibt es keine Daten darüber, ob etwa Mais als Futterpflanze oder als „Energiepflanze“ angebaut wird.

Anhaltspunkte können allenfalls die für das Kreisgebiet ab 1977 verfügbaren Daten zur landwirtschaftlichen Flächennutzung liefern. Sie zeigen, dass es eine stetige Ausweitung der Ackerfläche zu Lasten des Dauergrünlandes gegeben hat. Trotz der Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt gab es im Vergleich zu 1977 im Mai 2005 34,6% mehr Ackerland. Die Abnahme des Dauergrünlandes war sowohl absolut als auch relativ (-59,5%) deutlich stärker als die Zunahme an Ackerfläche. Dabei wurde von den Landwirten im Kreis im Jahr 2007 etwa ein Drittel der Ackerfläche mit Silomais bestellt. Der Landeswert dagegen erreichte nur knapp 12%. (Quelle: Kreisstrukturdaten 2008). Ausweislich der Zahlen zur Landwirtschaft in NRW (Quelle: Landwirtschaftskammer NRW) haben sich diese Wert im Jahr 2007 nicht wesentlich geändert. Aktuellere Daten liegen nicht vor.

Einwohnerfrage 5: Wolfgang Krull, Südlohn

Am 19.10.2010 berichtete das ZDF im Magazin Frontal 21 über den Bau von industriellen Schweinemastanlagen mit tausenden Tieren. 12.000 Schweine allein will ein dänischer Investor im brandenburgischen Seebeck jährlich mästen. Lohnkosten und Bodenpreise seien konkurrenzlos niedriger als in Dänemark.

In diesem Jahr hat die EU-Kommission die Bundesregierung wegen Überschreitung der Ammoniak-Emissionen durch Gülle verwarnt. Auch in Südlohn kommt es immer mehr zu Geruchsbelästigungen durch Intensivtierhaltungsbetriebe.

Wie hoch sind die die Ammoniak - Emissionen im Gemeindegebiet von Südlohn, und werden im Kreis Borken bzw. speziell auf dem Gemeindegebiet von Südlohn die gesetzlichen Grenzwerte der Ammoniak-Emissionen überschritten?

Die Mitgliedsstaaten sind nach der sogenannten NEC-Richtlinie der EU gehalten, die Ammoniak-Freisetzung in der Landwirtschaft zu begrenzen (für Deutschland auf 550.000 t/a). Diese Richtlinie wurde bislang nicht durch einen Grenzwert für Ammoniak-Emissionen in nationales Recht umgesetzt. Daher gibt es in Deutschland – etwa in der TA Luft – keinen solchen Grenzwert.

Verbindliche Grenzwerte werden selbstverständlich in Genehmigungsverfahren beachtet und sind Voraussetzung für die Erteilung einer Genehmigung. Umgekehrt besteht ein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Genehmigung, wenn öffentlich-rechtliche Vorschriften – und dazu gehören rechtlich verbindliche Grenzwerte – eingehalten werden.

Die Ammoniak-Emissionen im Gemeindegebiet von Südlohn können anhand der uns bekannten Information grob hochgerechnet werden. Demnach ist in Südlohn von jährlichen Ammoniak-Emissionen von etwa 250 t auszugehen.

Gemäß Epidemiologischen Krebsregister von NRW ist die Krebsrate im Kreis Borken nach Bottrop und Gelsenkirchen die höchste in NRW. (Stand 2007)

Gibt es aufgrund von Untersuchungen entsprechende Ergebnisse, die die Ursache dieser hohen Krebsrate benennen?

Die Antwort wird nachgereicht.